

Cornelia Rabe-Messen
Mechthild Lahme

Podiumsdiskussion

Zukunftsperspektiven für eine optimierte Versorgung psychischer Erkrankungen

„Haben die Psychotherapeuten es in der Vergangenheit versäumt, die richtigen Angebote für die psychische Gesundheit von Männern zu machen?“ Mit dieser etwas provokanten Frage eröffnete Wolfgang van den Bergh, Chefredakteur der Ärzte Zeitung, die alljährliche Podiumsrunde. Mit auf dem Podium: aus den Reihen der Politik Dietrich Monstadt, MdB der CDU/CSU-Fraktion und Mitglied im Ausschuss für Gesundheit des Deutschen Bundestages sowie Maria Klein-Schmeink, MdB der Fraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN, Sprecherin für Prävention und Patientenrechte ihrer Fraktion. Als Vertreter der Krankenkassen war Thomas Ballast, stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Techniker Krankenkasse dabei. Psychotherapeutisch-praktische Kompetenz brachte der Referent Johannes Vennen in die Runde ein; als berufspolitischer Part mit langjähriger Praxiserfahrung saß der Bundesvorsitzende der DPtV, Dieter Best, auf dem Podium. In der Tat, so erläuterte Best, hätten spezifische Fragestellungen wie die des diesjährigen Symposiums erst in den letzten Jahren in den Fokus der Aufmerksamkeit der Psychotherapeuten treten können. Lange Zeit sei man zunächst mit dem Aufbau der Versorgungsstrukturen beschäftigt gewesen. Dass Psychotherapeuten an diesen Themen interessiert seien, zeige die sehr hohe Beteiligung von über 200 Teilnehmern an dieser Veranstaltung und auch an den Symposien der vergangenen Jahre, die jeweils psychotherapeutisch un-

terversorgte Patientengruppen in den Mittelpunkt gestellt hätten. Das Thema der Männergesundheit ist nach Aussagen der beteiligten Politiker in der Politik angekommen und wird ernstgenommen, und sei auch ein zentrales Thema für die Krankenkassen, so Ballast, der nicht nur als Krankenkassenvertreter, sondern

auch als Vorsitzender des Kuratoriums der Stiftung Männergesundheit teilnahm. „Krankenkassen sind bei der Gesundheitsaufklärung und der Schaffung männerspezifischer Vorsorgeangebote gefordert“.

Die Referentinnen des Vormittags, Anne Starker, Robert Koch Institut, Berlin und Prof. Dr. Anne Maria Möller-Leimkühler, Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Ludwig-Maximilians-Universität München, wiesen eindrucksvoll auf die unzureichende Versorgung psychisch kranker Männer hin. Der Psychotherapeut Johannes Vennen stellte sehr lebendig und

praxisnah dar, wie psychisch kranke Männer sehr wohl den Weg in eine Psychotherapie finden und davon profitieren können. Wie aber können die Männer, angesichts der bekannten langen Wartezeiten auf einen Psychotherapieplatz, besser versorgt werden? Sinnvolle Präventionsarbeit, die an den Arbeitsplätzen ansetze,

könne hier ein Zugang sein, darüber waren sich alle Diskutanten einig. Leider seien die Psychotherapeuten aber nicht direkt in das kürzlich von der Bundesregierung vorgelegte Präventionsgesetz einbezogen, kritisierte Best, obwohl doch die Depression im Zielkatalog explizit erwähnt wird. „Wir sind die Fachleute auf diesem Gebiet“, so Best, und wenn im Sozialrecht vom Arzt gesprochen werde, dann sei der Psychotherapeut ebenso damit gemeint – beim Präventionsgesetz sei das aber anders. Die Kompetenzen der Psychotherapeuten werden hier nicht einbezogen! Auch die Teilnehmer bekräftigten das Ar-

gument, dass Prävention von den Hausärzten nicht zu stemmen sei – denn diese würden die psychischen Erkrankungen oft nicht erkennen; zudem sinke die Zahl der Hausärzte. Der Kritik am Präventionsgesetz stimmte Klein-Schmeink zu. Sie bemängelte, dass die Psychotherapeuten im Gesetz nicht erwähnt werden. Zudem sei der Aspekt der Prävention durch Ressourcenstärkung gar nicht enthalten. Die Krankenkassen hingegen reagieren nach Auffassung von Ballast rechtzeitig durch umfangreiche Maßnahmen zum betrieblichen Gesundheitsmanagement. Auf die Frage des Moderators an die Politik, ob mit einer Nachbesserung des Präventionsgesetzes gerechnet werden könne, reagierte der Vertreter der CDU/CSU-Fraktion, Monstadt, zurückhaltend. Er persönlich befürworte das zwar, aber kleine Änderungen seien grundsätzlich durch hohe Hürden und verfahrenstechnische Abläufe sehr schwierig durchzusetzen.

Schnell stand die Frage im Raum, ob die im Rahmen der neuen Bedarfsplanung genehmigten 1355 neuen Sitze denn zur Verbesserung der psy-

Die Versorgung psychischer Erkrankungen setzt bei der Prävention an.

von links nach rechts: Johannes Vennen, Dieter Best, Thomas Ballast, Dietrich Monstadt, Maria Klein-Schmeink, Wolfgang van den Bergh.



chotherapeutischen Versorgung ausreichen. Auf diese Frage stellte der Krankenkassenvertreter Ballast die bereits bekannte, provokative Gegenfrage, ob „Psychotherapeuten denn die Richtigen behandeln...“. Hiermit hob er auf den in Kassenkreisen gern kolportierten Mythos einer psychotherapeutischen Fehl- bzw. Überbehandlung ab. Das Publikum reagierte entsprechend empört und referierte in seinen Wortbeiträgen ihre eigenen Erfahrungen und die zahlreichen empirischen Belege, die das Gegenteil belegen. Auch die Ergebnisse der TK-Studie von 2011 zeigten deutlich, dass drei Viertel der von Psychotherapeuten in der Studie behandelten Patienten mittelschwere bis schwere psychische Störungen aufwiesen. Der Vorwurf, dass Psychotherapeuten nur die leichten Fälle behandeln, sei unberechtigt. Trotzdem wird dies auch von psychiatrischen Verbandsvertretern gerne als Vorurteil verbreitet. Ballast wies darauf hin, dass die These der Chronifizierung von psychischen Störungen durch lange Wartezeiten auf die Psychotherapie mit vorliegenden Abrechnungsdaten nicht belegbar sei. Tatsächlich steige die Anzahl der als solche erkannten und dokumentierten psychischen Störungen, jedoch nicht die tatsächliche Anzahl der Störungen. Es könne daher nicht darum gehen, die Versorgung durch immer mehr Psychotherapeuten immer weiter auszubauen, sondern bestehende Versorgungsangebote müssten optimiert werden, z.B. durch niedrigschwellige Angebote vor der eigentlichen Psychotherapie. Psychische Probleme sollten behandelt werden, bevor sie sich zur

echten psychischen Störung entwickeln. Ballast berichtete von Datenanalysen, die zeigten, dass 50% der Therapien extrem kurz ausfielen. Die dort Therapierten tauchen auch nicht woanders auf. Er zog aus diesen Daten den Schluss, dass hier Fehlversorgung vorliegt, weil diese Patienten keine Therapie benötigt hätten.

Eine Flexibilisierung der Behandlungsmöglichkeiten ist dringend erforderlich.

Hiermit stieß er im Publikum auf Unverständnis und großen Unmut. Psychotherapeuten würden flexibel und angemessen zum jeweiligen Problem behandeln. Die Psychotherapeuten seien hervorragend ausgebildet und stellten zu Beginn der Behandlung in der Probatorik fest, ob eine behandlungsbedürftige Störung vorliege. Zudem müsse für jede Therapie das Antragsverfahren durchlaufen werden. Das Herunterspielen von belastenden psychischen Problemen verunglimpfe auch die Patienten.

Best wies erneut darauf hin, dass der Berufsstand schon seit Jahren konkrete Vorschläge liefere, z.B. Flexibilisierungen in den Behandlungsmöglichkeiten einfordere. Eine Erweiterung der sozialrechtlichen Befugnisse der Psychotherapeuten, z.B. AU-Schreibung und Krankenhauseinweisung, würde den Psycho-

therapeuten die volle Verantwortung für den Gesamtbehandlungsplan und für sozialmedizinische bzw. sozialtherapeutische Beurteilungen und Maßnahmen geben. Einige dieser Konzepte, wie frühzeitige diagnostische Abklärung, würden bereits in Selektivverträgen ausprobiert und müssten dann auch in den Kollektivvertrag übernommen werden. Langfristig würden hierdurch Wartezeiten reduziert, Chronifizierung verhindert und Kosten eingespart. Entsprechende Forderungen werden von der DPtV

immer wieder, auch jetzt aktuell, an die Politik formuliert. Der Vertreter der Krankenkassen zeigte sich grundsätzlich offen beim Thema Befugnisserweiterung. Das Problem der langen Wartezeiten spielte er jedoch herunter und versuchte erneut, sie damit zu begründen, dass zu viele Menschen mit „Befindlichkeitsstörungen“ in die Psychotherapie gelangten und dort den „wirklich Bedürftigen“ die Plätze wegnähmen. Wie schon zuvor, ertotete er auch damit Kritik aus dem Kreis der Zuhörer, die fragten, warum bei Psychotherapeuten und Ärzten mit unterschiedlichen Maßstäben gemessen werde. Bei den Hausärzten z.B. werde diese Debatte um Ressourcenallokation nicht geführt. Faire Maßstäbe für psychisch und somatisch Erkrankte seien aber nötig, forderte das Publikum. Ballast entgegnete, dass die Debatte über Fehlversorgung mit allen Gruppen im Gesundheitswesen geführt werde. Kollegen aus dem Publikum stellten in ihren Wortbeiträgen dar, wie unzumutbar lang die realen War-



links: Dieter Best, rechts: Thomas Ballast

**Dr.
Cornelia
Rabe-Menssen**

Diplom-Psychologin, Promotion in Medizinischer Psychologie. Wissenschaftliche Referentin der Deutschen PsychotherapeutenVereinigung.

**Mechthild
Lahme**

Psychologische Psychotherapeutin. Bereichsleiterin der Deutschen PsychotherapeutenVereinigung.



tezeiten in ihrer Versorgungsregion aussehen. Der Vertreter der CDU/CSU äußerte die Hoffnung, dass die neuen Zulassungen die Versorgungssituation verbessern werden – es sei aber noch zu früh, die Auswirkungen zu erkennen. Wenn nötig, seien auch Nachjustierungen möglich. Hier seien aber die Interessensvertreter der Psychotherapeuten selbst wieder gefragt, den entsprechenden Bedarf in die Politik zu tragen. Nach Meinung der GRÜNEN seien die neuen Zulassungen nur ein winziger Schritt. Klein-Schmeink kritisierte die unzulänglichen Bedarfswahlen und die restriktive Gestaltung der Versorgungsplanung. Der volkswirtschaftliche Schaden durch Fehlzeiten aufgrund psychischer Störungen und Anstieg der stationären Versorgungszahlen nehme immer weiter zu. Tatsächlich sei mehr Flexibilität nötig. Versorgungsverbesserung beinhalte auch verbesserte Vermittlung von Patienten an Therapeuten, z.B. durch Börsen für freie Plätze, wie sie in manchen Regionen durch Netzwerke bereits

praktiziert würden. Von ähnlichen Koordinierungsstellen (siehe dazu auch Meldung der DPtV zum Vorschlag des VdEK), die auch von den Psychotherapeuten geleitet werden könnten, versprechen sich die Krankenkassen eine Verbesserung. Best stellte klar, dass die Psychotherapeuten gegen solche Koordinierungsstellen seien,

Psychotherapeuten fordern Einsatz für eine angemessene Vergütung von der Politik.

da Diagnostik und Indikationsstellung zu den ureigenen Leistungen der Psychotherapie gehören. Stattdessen seien strukturelle Reformen notwendig, vor allem die bereits erwähnten Befugnisserweiterungen. Die Erfahrung sei, dass Hausärzte, die aus Unsicherheit und Überforderung Patienten immer weiter krankschreiben, Vermeidungsverhalten stärken, was die Chronifizierung fördere. Von Seiten des DPtV-Vorstandes wurde das Thema der Selbstverantwortung auch in größerem Zusammenhang

gesehen: Die Psychotherapeuten sollten endlich eine eigene Säule neben den Hausärzten und Fachärzten in der Selbstverwaltung bilden und ihre Belange in eigener Regie verwalten dürfen.

Scharf kritisiert wurde aus dem Publikum die unzureichende Honorierung

der psychotherapeutischen Leistungen. Es sei unverständlich, warum der § 87 nie präzisiert worden sei. In den letzten fünf Jahren seien die Honorare nur um 0,9% gestiegen; die Psychotherapeuten liefen der Inflation hinterher, so die Wortbeiträge aus dem Publikum. Auch Best kritisierte den mangelnden gesetzlichen Schutz für die Einkommenssituation der Psychotherapeuten und forderte die Politik auf, hier endlich aktiv zu werden. Die Selbstverwaltung sei nicht in der Lage, der BSG-Rechtsprechung nach-

zukommen. Der CDU/CSU-Vertreter Monstadt versprach explizit, sich bei einer Wiederwahl für das Anliegen einer Honorarsteigerung und -sicherung der Psychotherapeuten einzusetzen. Die Vertreterin der GRÜNEN, Klein-Schmeink, stellte klar, dass ihre Partei nicht die Frage der Honorare im Vordergrund sehe, sondern die Verbesserung des Versorgungssystems. Das Themenfeld sei im Wahlprogramm explizit aufgenommen, ebenso wie eine bessere Vergütung für die PiA. Ihr sei aber klar, dass in der Politik kein Problembewusstsein für die Arbeitsbedingungen der Psychotherapeuten existiere, und dass man das Thema nicht der Selbstverwaltung allein überlassen dürfe. Best kritisierte daran, dass ein unspezifisches Bekenntnis von Klein-Schmeink für mehr Honorargerechtigkeit den Psychotherapeuten nicht helfe, weil es um das ganz spezifische Anliegen der Psychotherapeuten gehe, dass die BSG-Rechtsprechung permanent ignoriert werde. Hier müsse der Gesetzgeber durch eine präzisere Bestimmung im § 87 eingreifen. Klein-Schmeink versprach, sich hier kundig zu machen.

Best schloss die Veranstaltung mit einem herzlichen Dank an alle Beteiligten für die lebhaftige Diskussion. Er wies auf die ersten Ergebnisse der Berufszufriedenheitsumfrage der DPtV hin, wonach nahezu 95% der teilnehmenden Psychotherapeuten zwar sehr zufrieden mit ihrer psychotherapeutischen Berufstätigkeit seien, aber sehr unzufrieden mit ihrer ökonomischen Situation. ■

*Dietrich Monstadt
und Maria Klein-Schmeink*

